

Resolution

Koalitionsvertrag umsetzen - Nationale Küstenwache einführen

Die Insel- und Halligkonferenz fordert die Bundesregierung auf, die im Koalitionsvertrag vereinbarte nationale Küstenwache einzuführen.

Zitat aus dem Koalitionsvertrag für die 17. Legislaturperiode zwischen CDU, CSU und FDP: „Mit der späteren Zielsetzung des Aufbaus einer Nationalen Küstenwache wollen wir zunächst die Kompetenzen der gegenwärtig am Küstenschutz beteiligten Bundesbehörden zusammenführen.“

Die Arbeitsgruppe der Bundesregierung „Küstenwache des Bundes“ wird aufgefordert, ein schlüssiges Konzept für die Zusammenführung der zersplitterten Zuständigkeiten für Überwachungs- und Sicherungsaufgaben auf See vorzulegen. Die bereits konkret absehbare Errichtung von zahlreichen Offshore Windparks in den nächsten Jahren stellt ganz neue Herausforderungen an ein ganzheitliches Sicherheitssystem und dessen konsequente Umsetzung. Neben fachlich-aufgabenspezifischen und organisatorischen Aspekten sind die Kosten für die derzeitigen Strukturen und eine einheitliche nationale Küstenwache gegenüberzustellen. Dazu zählen die Infrastruktur in Häfen und Verwaltung, Liegenschaften, Schiffe, Personal für Betrieb, Wartung, Führung und Verwaltung einschließlich der ministeriellen Dienstaufsicht und Koordination.

Die Insel- und Halligkonferenz fordert den Haushaltsausschuss des Bundestags auf, die Kosten in den Bundesressorts für die zersplitterten Zuständigkeiten für Überwachungs- und Sicherungsaufgaben auf See (Wasser- und Schifffahrtsverwaltung, Bundespolizei, Zoll, Fischereiaufsicht und Marine) offen zu legen. Dazu zählen die Infrastruktur in Häfen und Verwaltung, Liegenschaften, Schiffe, das Personal für Betrieb, Wartung, Führung und Verwaltung einschließlich der ministeriellen Dienstaufsicht und Koordination. Die mittel- und langfristige Kosteneinsparung einer einheitlichen nationalen Küstenwache sollen ermittelt werden.

Die Insel- und Halligkonferenz fordert die Bundestagsfraktionen auf, die oben genannten Punkte als Anfrage an die Bundesregierung zu richten.

Husum am 31.10.2011

